



Sehr geehrte Damen und Herren,

in meiner letzten Kolumne habe ich den Umfang der aktuell in Deutschland bestehenden Staatsverschuldung problematisiert und auf einen Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung hingewiesen. Hierzu heute einige (leider erschreckende) Hintergründe:

Die meisten Geburten pro Jahr gab es in Deutschland zwischen 1964 und 1966 mit jeweils knapp 1,4 Millionen Kindern. Das waren die sogenannten geburtenstarken Jahrgänge. Die sind jetzt Mitte 40, gesund und auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft, sie erwirtschaften viel und kosten wenig. Das drückt sich u. a. in den hohen Steuereinnahmen des Staates aus. Die Frauen sind aber aus den Fortpflanzungsjahren heraus. Sie haben statistisch gesehen zwar nur zwischen 1,3 und 1,4 Kinder pro Frau geboren, aber weil sie so viele waren, gab es noch Jahrgänge mit rund 800.000 Kindern. Das ist vorbei! Da die Zahl der gebärfähigen Frauen sinkt, sinkt auch die Zahl der Geburten. In den letzten Jahren waren es nur noch so um 670.000 pro Jahr. Das heißt aber: pro Jahr gibt es nur noch rund 335.000 Kinder weiblichen Geschlechts. Und da Frauen, die es nicht gibt, auch keine Kinder haben können, wird die Zahl der Geburten in der nächsten Generation weiter absinken.

Für den deutschen Schuldenberg hat das dramatische Konsequenzen. Während um 2030 pro Jahr bis zu einer Million Menschen in den Ruhestand gehen, werden nur knapp 500.000 mögliche neue Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Und die sollen dann die Cash-Schulden, die implizierten Schulden, die zunehmenden Kosten für die Überalterung und ihre eigene Fürsorge erwirtschaften. Das wird so wenig funktionieren wie heute die Sanierung Griechenlands durch drastische Sparmaßnahmen und immer neue Kredite. Zwangsläufig wird durch diese Nachhaltigkeitslücke eine Schieflage für die nächste Generation entstehen, die langfristig nur aufgehoben werden kann, wenn das Missverhältnis zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben beseitigt wird.

Dreimal musste Deutschland in den letzten 100 Jahren eine Staatspleite erleben. Jedes Mal war sie die Folge einer größenwahnsinnigen Staatsführung auf der einen und

Meschede, Mai/Juni 2012

einem staatsgläubigen Volk auf der anderen Seite. Das wilhelminische Kaiserreich wurde nach seiner militärischen Niederlage 1918 auch finanziell liquidiert. Dem Wahnsinn der Naziherrschaft wurde 1948 durch die Währungsreform wirtschaftlich ein Ende bereitet. Die dritte Pleite blieb auf jenen Teil Deutschlands beschränkt, der von der Sowjetunion besetzt war und sich DDR nannte. Dieser (Teil-)Staat war im Zeitpunkt der „Wende“ so bankrott, dass wir für die wirtschaftlichen Folgen noch heute bezahlen. Relativierend muss man eingestehen, dass hier die Unterwerfung unter die Staatsmacht nicht ganz freiwillig war.

Staatsverschuldung und demographische Entwicklung bedrohen heute erkennbar die existenzielle Zukunft unseres Landes. Trotzdem ertönt der Ruf nach mehr Staat, um uns aus den Finanzkrisen und den Folgen der Staatsverschuldung heraus zu helfen, wieder lauter als das Verlangen nach mehr Markt, mehr Freiheit und mehr Selbstverantwortung. Da kommt mir unweigerlich Heinrich Heine in den Sinn: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ Offenbar haben wir Deutschen eine verhängnisvolle Neigung zur Staatsgläubigkeit. Wir erwarten die Lösung sozioökonomischer Probleme – individuell und im Kollektiv – zunächst und in erster Linie – trotz der schlechten Erfahrungen, die wir historisch mit unseren Obrigkeiten gemacht haben – vom Staat. Es wird dringend Zeit, diese Einstellung zu hinterfragen. Sonst kommen wir aus dem Teufelskreis ständig zunehmender Staatsverschuldung nie mehr heraus.

Mit diesem Appell verabschiede ich mich für heute.
Seien Sie begrüßt. Ihr